

Reformvorhaben der Europäischen Kommission zur Energieunion:

Saubere Energie für alle Europäer

Die Europäische Kommission hat im November 2016 das umfangreiche, sehr weitreichende „Saubere Energie für alle Europäer“-Paket, auch EU-Winterpaket genannt, auf den Weg gebracht. Es handelt sich bei diesem Paket um außerordentlich ambitionierte Gesetzesvorschläge, die die heutige Energiewelt in ihrer Gesamtheit betrachten und gemeinsam zu Wachstum, Nachhaltigkeit und Versorgungssicherheit beitragen werden. Die großen Themen der Vorschläge sind erneuerbare Energien, Energieeffizienz, die Gestaltung des Strommarktes, Sicherheit der Stromversorgung und die Steuerung der Energieunion.

Ein Beitrag von
**Mechthild
Wörsdörfer**

Die Energieunion ist eine der zehn politischen Prioritäten der Europäischen Kommission von Jean-Claude Juncker, denn viele verschiedene Entwicklungen in einer sich schnell ändernden Energiewelt fragen mehr denn je nach einer europäischen Antwort, zusammen mit den EU-Mitgliedstaaten. Als eine dieser zentralen Entwicklungen wäre da das Pariser Klimaabkommen zu nennen. Unter der Federführung der Europäischen Union (EU) hat die internationale Gemeinschaft eines der wichtigsten Klimaabkommen der Weltgeschichte auf den Weg gebracht. Und gerade weil die EU eine Schlüsselrolle in seinen Verhandlungen gespielt hat, wird ihr nun eine besondere Verantwortung zuteil, diese Vereinbarung auch umzusetzen. Die Staatengemeinschaft schaut auf uns und fragt sich: Wenn die EU die Energiewende nicht schaffen kann, wer dann?

Das Klimaabkommen zeigt uns, dass erneuerbare Energietechnologien als Lösung gegen den Klimawandel nicht nur auf dem Vormarsch sind, sondern dass sie sich fest auf dem Weltenergiemarkt etabliert haben und, langfristig gesehen, konventionelle Energie ablösen werden. Ihr Marktanteil hat längst den von Kohle überholt und die EU liegt bei Pro-Kopf-



Foto: European Union, 2016 / Jennifer Jacquemart

Der EU-Kommissar für die Energieunion, Maroš Šefčovič (Mitte), und sein für Klimaschutz und Energie zuständiger Amtskollege, Miguel Arias Cañete (rechts), stellten das „Saubere Energie für alle Europäer“-Paket Ende November 2016 in Brüssel vor

Investitionen in erneuerbare Energien global ganz vorne. Allein im Jahr 2014 sind 78 Prozent unserer Fördergelder für neue Erzeugungsanlagen in Projekte für erneuerbare Energien geflossen. Das europäische Investitionsprogramm, auch „Juncker-Plan“ genannt, zeigt ebenfalls schon Wirkung in diese Richtung: 24 Prozent des Europäischen Fonds für strategische Investitionen (EFSI) sind in Energieprojekte geflossen, größtenteils mit einem Schwerpunkt auf Energieeffizienz, erneuerbare Energiegewinnung und Energieinfrastruktur. Diese Gelder könnten ein Gesamtvolumen von über 225,3 Milliarden Euro Investition im Bereich der sauberen Energie bedeuten.

Zur Autorin:

Mechthild Wörsdörfer ist Direktorin für Energiepolitik in der Generaldirektion Energie der Europäischen Kommission.

Herausforderungen der neuen Energiewelt

Dennoch sind erneuerbare Energien bis heute nicht vollständig in unsere Energiemärkte integriert und finden zu wenig Berücksichtigung in einem europäischen, kosteneffektiven Übergang zur sauberen Energie. Das gleiche gilt für die Energieeffizienz. Wir können in diesem Bereich zwar schon Erfolge verbuchen – laut Eurostat-Umfragen haben wir unser Energieeffizienzziel für 2020 schon erreicht, denn wir haben statt 1.086 Megatonnen Öleinheiten (Mtoe) Energieendverbrauch bis 2020 schon im Jahr 2015 trotz Wirtschaftswachstum nur noch 1.082 Mtoe verbraucht. Dennoch dürfen wir nicht Halt machen und uns auf diesem Erfolg ausruhen. Der Trend soll, ganz im Gegenteil, noch einmal neuen Aufwind bekommen.

Auf den Gebäudesektor entfallen derzeit 40 Prozent des Gesamtenergieverbrauchs in Europa. Zwei Drittel der Gebäude in der EU wurden errichtet, bevor Energieeffizienzstandards eingeführt wurden, und die Renovierungsrate beträgt derzeit nur rund ein Prozent pro Jahr. Das ist ein desolater Zustand, den es schleunigst zu ändern gilt.

Zum anderen gibt es da die Entwicklungen auf den Energiemärkten selbst. Großhandelspreise sind auf einem Rekordtief, das es seit zwölf Jahren nicht mehr gegeben hat, während Endverbraucherpreise vergleichsweise hoch sind. Diese Preiskopplung zeigt, dass unsere Märkte nicht optimal funktionieren, dass staatliche Subventionen und Steuern Energiepreise verzerren und dass Investoren falsche Signale erhalten.

Derweil haben technologische Fortschritte den traditionellen Energiemarkt verändert. Er wird heute viel mehr von flexibler, dezentralisierter Energie bestimmt als noch vor zehn Jahren. Endverbraucher spielen eine einflussreiche Rolle: zum einen durch die Produktion von eigener Energie, zum anderen durch ihre Emanzipierung im Verbrauch. Die rechtlichen Rahmenbedingungen werden diesen Entwicklungen momentan nicht vollständig und in allen EU-Mitgliedstaaten gerecht, denn sie erschweren, dass Technologie, Investition und Politik flächendeckend in Europa Hand in Hand in die Zukunft gehen.

Eine weitere Sorge ist die Gewährleistung der Versorgungssicherheit in Europa. Die EU ist sehr abhängig von Brennstoffimporten durch andere Länder: In 2014 hat die EU rund 88 Prozent ihres Erdölverbrauchs und mehr als 65 Prozent ihres Gasverbrauchs importieren müssen. Ein beachtlicher Teil



Foto: Rudolpho Duba / pixelto.de

Immer mehr Kommunen – hier die baden-württembergische Gemeinde Sasbachwalden – setzen auf erneuerbare Energien

dieser Länder befindet sich in geopolitischen Spannungen, die eine sichere und lückenlose Versorgung nach Europa gefährden könnten. Trotz erhöhter erneuerbarer Energiegewinnung bleiben traditionelle Brennstoffe auf absehbare Zeit ein wichtiger Teil unseres Energiehaushaltes. Wenn man dann noch berücksichtigt, dass sich heimische Gasproduktionen stetig verringern, wird schnell klar, dass Versorgungsengpässe immer akuter werden.

All diese Entwicklungen bedeuten, dass sich die EU in einer Energiewende befindet, die nur durch konsequente, gut durchdachte Regeln die richtigen Investitionsimpulse liefern kann. Denn eines ist der EU sehr wichtig: Die Energiewende muss so gestaltet sein, dass Wirtschaftlichkeit, Beschäftigung und Konkurrenzfähigkeit in Europa nicht nur nicht beeinträchtigt werden, sondern sogar von ihr profitieren können. Die EU möchte die Energiewende nutzen und Europa die Führung bei sauberen Energietechnologien sichern.

Ziel „Saubere Energie für alle Europäer“

2016 war das „year of delivery“ wie man im Englischen sagt – und geliefert haben wir. Mit dem Paket [„Saubere Energie für alle Europäer“](#), das neben dem „Paket zur Versorgungssicherheit“ zur Umsetzung einer voll funktionierenden Energieunion beitragen soll, ist die EU gut ausgestattet, um die Herausforderungen der neuen Energiewelt anzunehmen. Das Paket greift die fünf Hauptziele der Energieunion auf und füllt diese mit konkreten Gesetzesvorschlägen zu deren Umsetzung:

1. Sicherung der Energieversorgung,
1. Vollendung des Energiebinnenmarktes,
2. Steigerung der Energieeffizienz,
3. Verringerung der Kohlendioxid-Emissionen in der Wirtschaft sowie
4. Förderung von Forschung und Innovation.

Dabei sind die eigens für das Paket erklärten Hauptziele das Erreichen einer weltweiten Führungsrolle im Bereich erneuerbare Energien, die Voranstellung von Energieeffizienz als nachhaltigste und kostengünstigste Lösung für Kohlendioxid-Einsparungen in vielen Bereichen und die Schaffung eines fairen Angebots für Verbraucherinnen und Verbraucher.

Bestandteile des Pakets sind die [Mitteilung „Saubere Energie für alle Europäer“](#), acht Legislativvorschläge zur Überarbeitung der Erneuerbaren-Energien-Richtlinie, Energieeffizienzrichtlinie, Richtlinie zur Energieeffizienz in Gebäuden, Gestaltung des Strommarkts, Sicherheit der Stromversorgung, Verordnung über ein Governance-System der Energieunion sowie weitere Mitteilungen im Bereich Ökodesign, Innovation und Transport.

Energieeffizienz an oberster Stelle

Das Paket setzt neue Spielregeln für den gemeinsamen Energiebinnenmarkt und legt die Messlatte für Europas Ziele bei der Energieeffizienz deutlich höher. Denn eines gilt unangefochten: Die Energie, die gar nicht erst erzeugt werden muss, wird immer die Günstigste und Sauberste sein.

Als übergeordnetes Ziel schlagen wir eine verbindliche EU-weite Steigerung der Energieeffizienz um 30 Prozent bis 2030 vor. Mit den Vorschlägen aktualisieren wir die bestehende Energieeffizienzrichtlinie (27 Prozent) und wollen die Energieverbrauchserfassung und -abrechnung für Verbraucherinnen und Verbraucher von Heiz- und Kühlenergie verbessern.

Wir sind überzeugt, dass mehr Energieeffizienz nicht nur gut gegen den Klimawandel ist, sondern Konkurrenzfähigkeit und Energieunabhängigkeit in Europa fördert. Unsere Analysen haben ergeben, dass ein Ziel von 30 Prozent Energieeffizienz bis zu 400.000 neue Arbeitsplätze bedeuten kann. Auf der Seite der Versorgungssicherheit könnte die Europäische Union bald mit zwölf Prozent weniger Gasimporten rechnen und somit 70 Milliarden Euro Einkaufskosten sparen (2021-2030).

Darüber hinaus schlägt die Kommission Änderungen an der Richtlinie über die Gesamtenergieeffizienz von Gebäuden vor, um Gebäude „intelligenter“ zu machen – durch Förderung der Nutzung der Informationstechnologie und sonstiger moderner Technologien, darunter auch Gebäude-

automatisierung und Ladeinfrastruktur für Elektrofahrzeuge, um einen effizienten Betrieb der Gebäude sicherzustellen. Mit den Änderungen an der Energieeffizienzrichtlinie und der Richtlinie über die Gesamtenergieeffizienz von Gebäuden möchte die Kommission die Renovierung des Gebäudebestands beschleunigen und dessen Kohlendioxid-Emissionen bis Mitte des Jahrhunderts so weit wie möglich senken.

Die richtigen Investitionsimpulse sind für dieses Unterfangen mehr als wichtig und deswegen möchten wir mögliche Geldgeber und Gebäudebesitzer so gut es geht unterstützen. Durch die Initiative „Smart Finance for Smart Buildings“ (übersetzt: Intelligente Finanzierung für intelligente Gebäude), die wir in enger Kooperation mit der Europäischen Investmentbank und den EU-Mitgliedstaaten gestartet haben, sollen Investoren, Kommunen, Besitzer und andere Akteure besser zueinander finden, vorhandene und neue Finanzinstrumente effektiver eingesetzt, Projektleiter besser beraten und die Risiken für Energieeffizienzanlagen verringert werden. Sollte uns dies gelingen, könnten wir bis 2020 mit zehn Milliarden Euro extra Mitteln in öffentlicher und privater Hand rechnen.

Zuletzt tragen auch unsere Ökodesign-Maßnahmen und die Energiekennzeichnung dazu bei, die Energie- und Ressourceneffizienz von Produkten zu verbessern, und Emissionen, Abfall und die Energieabhängigkeit Europas zu verringern. Schätzungen zufolge werden die jährlichen Energieeinsparungen im Rahmen von Ökodesign-Maßnahmen bis 2020 dem jährlichen Energieverbrauch Italiens entsprechen. So können europäische Haushalte Energiekosten von bis zu 500 Euro pro Jahr einsparen. Im Mittelpunkt des Ökodesign-Arbeitsplans stehen daher die Produkte mit dem größten Einsparpotenzial. Deswegen enthält der neue Ökodesign-Arbeitsplan für den Zeitraum 2016 bis 2019 eine Liste neuer Produktgruppen sowie eine Beschreibung des Beitrags von Ökodesign-Maßnahmen zu den Zielen der Kreislaufwirtschaft, immer in Verbindung mit einer Kosten-Gewinn-Analyse.

Verbraucher im Mittelpunkt der Energiewende

Der Kommission ist es ein wichtiges Anliegen, die Position der Verbraucherinnen und Verbraucher bei der Reform des Energiemarktes zu stärken und ihnen damit zu ermöglichen, ihre Energiekosten besser zu



Foto: European Parliament 2012

Die energetische Gebäudesanierung gilt als eine wichtige Stellschraube bei der Energiewende

kontrollieren und langfristig zu reduzieren. Erster Ansatzpunkt ist in diesem Zusammenhang eine bessere Information der Verbraucherinnen und Verbraucher. Unsere Vorschläge sehen für sie einen Anspruch auf verständliche Rechnungen und intelligente Zähler vor. Zuverlässigere Energieeffizienzausweise sollen die Position der Verbraucherinnen und Verbraucher ebenfalls stärken. Durch das vorgelegte Maßnahmenpaket soll außerdem ein Wechsel des Energieanbieters durch einen Wegfall von Kündigungsgebühren begünstigt werden. Die Kommission strebt an, dezentrale und intelligente Märkte zu fördern, die es den Verbraucherinnen und Verbrauchern leichter machen soll, eigene Energie zu erzeugen und bei Überschuss an den Markt zu verkaufen.

Zu guter Letzt versteht die Kommission das vorgelegte Maßnahmenpaket auch als Konzept für schutzbedürftige Verbraucherinnen und Verbraucher. Mit unseren Vorschlägen zur Verbesserung der Energieeffizienz fordern wir die EU-Mitgliedstaaten auf, einen Teil der Energieeffizienzmaßnahmen vorrangig in Wohnungen des sozialen Wohnungsbaus oder in von Energiearmut betroffenen Haushalten durchzuführen, um die Ausgaben dieser Haushalte für Energie deutlich zu reduzieren. Außerdem schlagen wir verfahrensrechtliche Regelungen vor, die es zu beachten gilt, bevor Haushalte von der Stromversorgung abgeschaltet werden.

Um mehr Daten über die Problematik der Energiearmut zu erhalten, wird die Kommission eine „Beobachtungsstelle“ zur Energiearmut einrichten. Mitgliedstaaten sollen in Zukunft dazu verpflichtet werden, über die Entwicklung der nationalen Energiearmut zu berichten. Die Kommission wird diese Informationen sammeln und den Austausch der Mitgliedstaaten und weiterer wohnungspolitischer Akteure zu dieser Problematik unterstützen. Die geschieht alles im Einklang mit dem Subsidiaritätsprinzip.

Bedeutung des Energieeffizienzziels für Kommunen

Die Mitgliedstaaten müssen die Erfüllung der Energieeffizienz-Einsparverpflichtung gegenüber der Kommission dokumentieren. Und die Mitgliedstaaten können diese Verpflichtungen schwerpunktmäßig auf kommunaler und städtischer Ebene ansetzen. In Deutschland ist dies durch viele Maßnahmen auch schon geschehen. So hat die Bundesregierung zur Erfüllung der Einsparver-

pflichtung KfW-Investitionsprogramme in Kommunen aufgelegt. Dies beinhaltet Programme zur energetischen Stadtsanierung, einschließlich der Stadtbeleuchtung. Die Vorschläge der Kommission, die Einsparverpflichtung nach 2020 beizubehalten, dürfte damit auch den Städten und Gemeinden zugutekommen.

Die Vorschläge der Kommission erlauben es in höherem Maße, nach 2020 auch die energetische Sanierung des bestehenden Gebäudebestandes als eine Einsparmaßnahme anzurechnen. Es ist damit zu rechnen, dass diese Maßnahmen natürlich auch und ganz besonders in den Städten, die einen beträchtlichen Altbaubestand haben, zugutekommen werden. Andere Maßnahmen, die durch die Einsparverpflichtung ausgelöst werden könnten und insbesondere Städten zugutekommen, sind Maßnahmen, die den öffentlichen städtischen Nahverkehr stärken und den Umstieg vom Auto auf den Öffentlichen Personennahverkehr fördern. Dazu gehören etwa Investitionen in U-Bahnen, Stadtbahnen und Straßenbahnlinien. Möglicherweise könnte die kontinuierliche Einsparverpflichtung hier auch zusätzliche Investitionen auslösen.

Weitere Schritte

Alle Gesetzgebungsvorschläge der Kommission müssen nun im Rat der Europäischen Union und im Europäischen Parlament behandelt werden. Die Beratungen in beiden Institutionen haben erst Anfang dieses Jahres begonnen. Die Kommission misst dieser Beratung eine sehr hohe Bedeutung bei. Eine Einigung wird in allen Bereichen vor den nächsten Europawahlen im Frühjahr 2019 angestrebt und dafür haben die Präsidenten der Europäischen Institutionen, Jean Claude Juncker, Donald Tusk und der damalige Parlamentspräsident Martin Schulz, dem Paket oberste politische Priorität eingeräumt. Das Paket wird europäische Energiepolitik auf Jahre prägen und sollte deshalb mit der größtmöglichen Vorsicht und nach sorgfältiger Beratung mit allen wichtigen Akteuren beschlossen werden.

Und weil das Thema Finanzierung für Sie, liebe Leserinnen und Leser, sehr wichtig ist, möchte ich Ihnen gerne noch mitteilen, dass wir in Zusammenarbeit mit dem Europäischen Parlament am 7. November 2007 eine Konferenz zum Thema **„Wie kann die EU die Energiewende finanzieren“** organisieren werden. Ich lade Sie ein, den Diskussionen zu folgen. ■

Infos

Informationen der Europäischen Kommission zum EU-Winterpaket:

☞ <https://ec.europa.eu/energy/en/news/commission-proposes-new-rules-consumer-centred-clean-energy-transition>

Mitteilung „Saubere Energie für alle Europäer“ der Europäischen Kommission vom 30. November 2016:

☞ http://eur-lex.europa.eu/resource.html?uri=cellar:fa6ea15b-b7bo-11e6-9e3c-01aa75ed71a1.0003.02/DOC_1&format=PDF

Konferenz zum Thema „Wie kann die EU die Energiewende finanzieren“ am 7. November 2007 in Brüssel:

☞ <http://ec.europa.eu/energy/en/events/financing-clean-energy-all-europeans>